



DEUTSCHLAND

Demonstration gegen Regierung

Hannover (dpa). Mehr als zehntausend Demonstranten haben am Sonntagabend in Hannover gegen Sozialkürzungen, die Rente mit 67 und das Sparpaket der Bundesregierung protestiert. Zu der Demonstration unter dem Motto „Druck machen – für gerechte Politik – gegen soziale Kälte“ hatten die Gewerkschaften und der Sozialverband Deutschland aufgerufen.

Volkssolidarität wählt Chef wieder

Potsdam (dpa). Die Bundesdelegiertenversammlung der Volkssolidarität hat Präsident Gunnar Winkler im Amt bestätigt. Er erhält am Sonntagabend in Potsdam 71 Ja- und 19 Nein-Stimmen und bleibt damit für weitere vier Jahre an der Spitze des Sozial- und Wohlfahrtsverbandes. Für Winkler ist es die dritte Amtszeit.

Scharfes Kontra zu Generalstreik

Berlin (dpa). CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe hat der Forderung der Gewerkschaft Verdi nach einem Recht auf Generalstreiks als Mittel im politischen Meinungskampf eine klare Absage erteilt. „In einer Zeit, in der die Wirtschaft brummt, die Arbeitslosigkeit sensationell zurückgeht und die Arbeitnehmer deutlich mehr Lohn bekommen, ist es geradezu absurd, über das Recht zum politischen Generalstreik zu schwadronieren“, sagte er dem „Hamburger Abendblatt“.

Linke liebäugelt mit Grünen

Berlin (dapd). Nach der Nominierung der Grünen-Bundestagsfraktionschefin Renate Künast zur Bürgermeisterkandidatin für Berlin gibt es aus der Linkspartei bereits ein Bündnisangebot. Der Bundestagsabgeordnete Stefan Liebich stellte größere Schnittmengen als mit der SPD fest.



EUROPA

Neuer Protest gegen Rentenreform

Paris (dpa). Die Protestwelle gegen die französische Rentenreform hält an. An neuen landesweiten Demonstrationen beteiligten sich am Sonntagabend nach Schätzungen der Regierung 375 000 Menschen. Die Gewerkschaften sprachen von 1,2 Millionen Menschen.

Berlusconi nicht bei Werte-Tagung

Rom (dpa). Der italienische Regierungschef Silvio Berlusconi ist angesichts der Schlagzeilen über Sex-Skandale von einer Konferenz über Werte und Zukunft von Familien ausgenommen worden. Der Regierungschef habe die Teilnahme an der staatlich geförderten Konferenz in dieser Woche auf Druck „einiger linker Gruppen“ abgesagt, so sein Büro.



ASIEN

Ausschreitungen in Südkorea

Seoul (dpa). Zehntausende von Globalisierungsgegnern haben gestern in Seoul gegen das am Donnerstag beginnende G-20-Gipfeltreffen der 20 stärksten Industrie- und Schwellenmächte in der südkoreanischen Hauptstadt protestiert. Dabei kam es zu Handgreiflichkeiten. Die Polizei setzte Pfefferspray ein, als Kundgebungsteilnehmer durch die Innenstadt marschieren wollten.



Südkoreanische Polizisten setzen bei einem Zusammenstoß mit Demonstranten gestern früh in Seoul Tränengas ein. Foto: dpa

Hoher Militär in Nordkorea tot

Seoul (dpa). In Nordkorea ist einer der einflussreichsten Militärs des kommunistischen Regimes und langjähriger Vertrauter von Militärmachthaber Kim Jong Il gestorben. Vizemarschall Jo Myong Rok erlag gestern den Folgen eines chronischen Herzleidens. Er war 82 Jahre alt. Jo war erster Stellvertreter Kims in der Nationalen Verteidigungskommission – dem mächtigsten Entscheidungsgremium des Landes.

Benedikt hält Messe bei Kirchweihe in Spanien

Papst betont „natürliche Ordnung“ in der Familie

Barcelona (dpa). Papst Benedikt XVI. hat gestern den weltbekannten Sakralbau „Sagrada Familia“ in Barcelona geweiht und dabei zur Basilika erhoben. Etwa 7000 Gläubige verfolgten die heilige Messe in dem noch unfertigen Gotteshaus, dessen Bau vor 128 Jahren begonnen wurde. Auch das spanische Königspaar Juan Carlos und Sophia war anwesend. Zehntausende sahen die Weihe des Altars und der Wände der Sagrada Familia mit heiligem Wasser draußen auf Großbildschirmen.

Energisch setzte sich Benedikt für den Schutz der Ehe, der Familie und des ungeborenen Lebens ein. Die Kirche widersetzte sich jeder Ablehnung des menschlichen Lebens, das von dem Augenblick der Empfängnis an heilig sei, wandte er sich erneut gegen Abtreibung. Benedikt sprach von einer „natürlichen Ordnung“ in der Familie. Aus Protest gegen seine strikte Ablehnung der Homoehe hatten sich in Barcelona am Morgen etwa 200 Schwule und Lesben kollektiv geküsst.

Am Sonntagabend hatte der Papst den Wallfahrtsort Santia go de Compostela besucht.



Unmittelbar bevor er die „Sagrada Familia“ in Barcelona weihte, segnete Papst Benedikt XVI. in der Kathedrale ein Kind.

Foto: dpa

Auftakt zur viertägigen Synode in Hannover

Evangelische Kirche stellt sich bei Integration hinter Wulff

Mit Kritik an der Atompolitik der Bundesregierung hat gestern in Hannover die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) begonnen. Auch die Integrationsdebatte war ein zentrales Thema.

Hannover (epd). Angesichts des Castor-Transports nach Gorleben kritisierte der hannoversche Bischofsvikar Hans-Hermann Jantzen im Eröffnungsgottesdienst eine Verfestigung auf den Salzstock im Wendland als Endlager für Atom Müll. „Die wirtschaftlichen Interessen der Energiekonzerne, die bereits getätigten Milliardeninvestitionen dürfen nicht der Maßstab für politische Entscheidungen sein, sondern das, was lebensdienlich und menschengerecht ist“, sagte Jantzen in der hannoverschen Marktkirche. Der amtierende Ratsvorsitzende Nikolaus Schneider forderte eine Energiepolitik, die nicht auf Atomkraft setzt. Erneuerbaren Energien gehöre die Zukunft.

Die Synode – das Kirchenparlament

- Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) ist die Gemeinschaft der 22 evangelischen Landeskirchen in der Bundesrepublik mit knapp 25 Millionen Protestanten.
- Wichtigste Leitungsgremien sind die EKD-Synode mit 126 Mitgliedern, die Kirchenkonferenz und der aus ehrenamtlichen 15 Mitgliedern bestehende Rat.
- Der Begriff Synode ist dem Griechischen (synodos) entlehnt und bedeutet Zusammenkunft. Die Synode ist das Parlament und damit das höchste Entscheidungsgremium der EKD. Die Synode kommt in der Regel einmal jährlich im Herbst an wechselnden Orten zusammen. Sie berät und beschließt über Vorlagen und Kirchengesetze. (epd)

Jantzen lobte Bundespräsident Christian Wulff, der mit seiner Frau Bettina den Gottesdienst besuchte, für dessen „deutliche Worte“ in der Integrationsdebatte. „Zu Recht verweisen wir auf unser jüdisch-christliches Wertefundament“, sagte der Bischofsvikar. Doch gerade das beinhalte den Abbau von Vorurteilen, statt Ressentiments zu schüren. In seinem Grußwort stellte Wulff

die christlichen Wurzeln des Landes heraus und betonte die „innere Kraft der Kirchen“. Schneider kritisierte herabwürdigende Äußerungen in der Integrationsdebatte. Zuwanderer als wenig intelligent, ökonomisch unproduktiv, integrationsunwillig und nicht anpassungsbereit darzustellen, stigmatisiere in gefährlicher Weise einen Teil der Bevölkerung. „Die Einwanderungsge-

sellschaft ist Alltag und Normalität in Deutschland. Sie zu gestalten, braucht keine Scharfmacher, sondern verdient eine klare Analyse, Geduld, Pragmatismus und Kreativität“, sagte er.

Die EKD-Synode tagt bis Mittwoch in Hannover. Im Mittelpunkt steht die Neuwahl eines Ratsvorsitzenden am Dienstag. Einziger Kandidat ist voraussichtlich der rheinische Präses Schneider, der seit dem Rücktritt von Bischöfin Margot Käßmann im Februar das Leitungsammt bereits kommissarisch ausübt. Inhaltlicher Schwerpunkt der Beratungen ist die Bildungsgerechtigkeit.

Schneider sprach sich zudem für eine neue Debatte in der EKD über die Präimplantationsdiagnostik (PID) aus. Im Interesse von Eltern, die an schweren Erbkrankheiten leiden, sollte die ethische Diskussion neu aufgenommen werden. Bislang hatte sich der Rat der EKD strikt für ein Verbot der PID ausgesprochen.

Terrorismus

Weitere Anschläge drohen

Berlin (dpa). Nach den vereitelten Paketbombenanschlägen muss nach Ansicht von Bundesinnenminister Thomas de Maizière mit weiteren Terrorakten gerechnet werden. „Es gibt ernstzunehmende Hinweise auf Anschläge in Europa und den USA“, sagte der CDU-Politiker der „Bild am Sonntag“. Eine konkrete Spur gebe es bisher nicht.

Nach seiner Darstellung hatten die deutschen Sicherheitskräfte den Transport einer Paketbombe aus dem Jemen über Deutschland nach Großbritannien anfangs als Fehlalarm eingestuft. Daher wurde auch Kanzlerin Angela Merkel (CDU) zunächst nicht unterrichtet. De Maizière will heute bei einem Treffen der EU-Innenminister in Brüssel einen Fünf-Punkte Katalog für schärfere Kontrollen vorlegen.

Zu den vereitelten Attentaten aus dem Jemen hat sich inzwischen der jemenitische Arm der Terrororganisation Al Qaida bekannt. Die Organisation kündigte am Wochenende weitere Anschläge an. Die beiden Paketbomben, die vor einer Woche in England und Dubai abgefangen wurden, sollten während des Flugs detonieren.

Zwischenbilanz der Debatte über neues Parteiprogramm

Löttsch fordert stärkere Orientierung der Linken an Realität

Hannover (dpa). Trotz Differenzen in zentralen Fragen hat die Linke-Führung eine positive Zwischenbilanz der Debatte über den im März vorgelegten Entwurf eines neuen Parteiprogramms gezogen. Parteichefin Gesine Löttsch forderte gestern auf einem Konvent in Hannover allerdings eine stärkere Orientierung an den politischen Realitäten: „Wir sollten uns nicht gegenseitig mit unseren Theoriegebäuden erschlagen.“ Ihr

Vorgänger Oskar Lafontaine, einer der maßgeblichen Autoren des Programmtextes, sprach sich für eine klare Abgrenzung gegen SPD und Grüne aus. Diese beiden Parteien seien die Hauptkonkurrenten im politischen Wettbewerb. Streit gibt es in der Linken vor allem noch über die Bedingungen für eine Regierungsbeteiligung sowie über die Frage, ob Auslandseinsätze der Bundeswehr gänzlich ausgeschlossen werden sollen.

Verstaatlichung, Steuersenkungen, Vollbeschäftigung

- In der Präambel wird der Umbau des Wirtschaft- und Gesellschaftssystems zu einem „demokratischen Sozialismus“ gefordert.
- Als Konsequenz aus der Finanzkrise will die Linke private Banken verstaatlichen. Strom-, Telekommunikations- und Schienennetze sollen ebenfalls in öffentliches Eigentum überführt werden oder dort bleiben.
- Reiche sollen mehr Steuern zahlen, kleine und mittlere Einkommen entlastet werden.
- Die Partei will die Vollbeschäftigung erreichen. Die Arbeitszeiten sollen langfristig auf 30 Stunden verkürzt werden – bei vollem Lohnausgleich. Die Linke setzt sich für einen Mindestlohn „in existenzsichernder Höhe“ ein.
- Statt Hartz IV fordert die Linke ein am vergangenen Einkommen orientiertes Arbeitslosengeld und eine „bedarfsdeckende und sanktionsfreie Mindestsicherung“.
- Die NATO soll aufgelöst werden. (dpa)

„Opportunity International“ zu Kleinstkrediten in Ghana

Krise trifft Mikro-Unternehmen

Von Elisa Sowjeja

Dresden. Die Armutsbekämpfung durch Mikrofinanzierung in Ghana erholt sich nur langsam von der Finanzkrise. Das ist ein Fazit des Stiftungstreffens von Opportunity International Deutschland (OID), zu dem rund 70 Unterstützer der gemeinnützigen Organisation am Wochenende in Dresden zusammenkamen. Sachsen-Anhalt war durch SPD-Politiker und OID-Schirmherr Ulrich Kasparik sowie Pastor und OID-Botschafter Thorsten Moll vertreten. Die Organisation vergibt Kleinstkredite an Menschen in Entwicklungsländern, sodass die

sich mit einer guten Geschäftsidee aus der Armut befreien können. Im Rahmen der Aktion „Volksstimme-Leser helfen“ hatten Leser im vergangenen Jahr 50 000 Euro für Mikrokreditnehmer im westafrikanischen Ghana gespendet. „Die Finanzkrise hat die Dritte-Welt-Länder besonders hart getroffen“, erklärte Stiftungsgründer Karl Schock zu Beginn der Veranstaltung. Tony Fosu erlebte diese Entwicklung in Ghana hautnah mit. Er ist Vorstandsvorsitzender von „Sinapi Aba Trust“, einer Partnerorganisation von OID in Ghana. Den mehr als 100 000 Klienten wird nicht nur mit Kleinstkrediten

geholfen. Jugendliche aus besonders schwierigen Verhältnissen erhalten auch eine Ausbildung. „Die Krise hat uns mit Verzögerung erreicht“, erläuterte Fosu. „Als es losging, begriffen viele Mikrokreditnehmer gar nicht, was passierte.“ Die Auswirkungen der Krise: Das Spendenaufkommen nahm ab, der Wechselkurs des Cedi gegenüber Euro und Dollar wurde schwächer, die Inflationsrate stieg. Viele Kleinst-Unternehmen brachen zusammen. Mittlerweile erholte sich die Mikrofinanzierung in Ghana wieder, so Fosu – allerdings sehr langsam. Ein erneuter Rückschlag sei nicht auszuschließen.

Wahlen auch in Aserbaidschan, Griechenland und Guinea

Opposition sieht Wahlbetrug in Birma

Bangkok (epd/dpa). In Birma ist gestern zum ersten Mal seit 20 Jahren ein neues Parlament gewählt worden. Mindestens 27 Millionen Bürger waren von der herrschenden Militärjunta zum Urnengang aufgerufen. Regimekritiker bezeichneten die Wahl als unfair und unfair. Zudem warfen Oppositionsparteien den Militärs Wahlbetrug vor. Die unter Hausarrest stehende Oppositionsführerin und Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi wurde von einer Kandidatur ausgeschlossen. Ihre Partei hatte die Wahl 1990 gewonnen, doch die Militärs erkannten das Ergebnis nicht an. Das Wahlergebnis wird für heute

als sicher, dass Präsident Ilham Alijew regierende Partei YAP erneut stärkste Kraft wird. Bei den Kommunalwahlen in Griechenland haben die Wähler den Sozialisten von Ministerpräsident Giorgos Papandreou einen Denkzettel für den Sparkurs verpasst. Nach ersten Hochrechnungen blieb die Panhellenische Sozialistische Bewegung (Pasok) mit 35 Prozent weit hinter ihrem Ergebnis der Parlamentswahl vor 13 Monaten (43,9 Prozent) zurück. Im afrikanischen Guinea stand eine Stichwahl zwischen dem ehemaligen Premierminister Cellou Dalein Diallo und Oppositionspolitiker Alpha Condé um das Präsidentenamt an.

als sicher, dass Präsident Ilham Alijew regierende Partei YAP erneut stärkste Kraft wird. Bei den Kommunalwahlen in Griechenland haben die Wähler den Sozialisten von Ministerpräsident Giorgos Papandreou einen Denkzettel für den Sparkurs verpasst. Nach ersten Hochrechnungen blieb die Panhellenische Sozialistische Bewegung (Pasok) mit 35 Prozent weit hinter ihrem Ergebnis der Parlamentswahl vor 13 Monaten (43,9 Prozent) zurück. Im afrikanischen Guinea stand eine Stichwahl zwischen dem ehemaligen Premierminister Cellou Dalein Diallo und Oppositionspolitiker Alpha Condé um das Präsidentenamt an.



Ein Uniformierter stöbert in Birma in Wahllisten. Foto: dpa